

VIETNAM

Lange Jahre Haft nach Einsatz für Religionsfreiheit

Zum „Gefangenen des Monats September 2023“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA den christlichen Missionar Y Pum Bya aus Vietnam benannt. Sie rufen zum Einsatz für den 59-Jährigen auf. Am 10. April 2018 wurde der Familienvater während einer Polizeirazzia gegen eine Hauskirche in der südvietnamesischen Provinz Dak Lak (Region Zentrales Hochland) festgenommen. Danach wurde er von der Polizei verhört und dabei geschlagen sowie mit Elektroschocks gefoltert.

Er wurde gezwungen, in einer Erklärung schriftlich zu garantieren, die Gottesdienste in seiner „Good-News-Kirche“ zu beenden. Im Jahr zuvor hatten ihm die kommunistischen Behörden bereits die Registrierung seiner Gemeinde verweigert. Y Pum Bya gehört zur indigenen Volksgruppe der Montagnards im zentralen Hochland Vietnams. Wie häufig bei christlichen Montagnards wird ihm ein religiös motivierter Separatismus vorgeworfen. Zudem lautet die Anklage auf Verbreitung von Falschinforma-

Musterbrief

Staatspräsident Vo Van Thuong
Botschaft der Sozialistischen Republik Vietnam
Elsenstraße 3
12435 Berlin-Treptow

Fax: 030/53630200

Exzellenz,

der vietnamesische Christ und Gemeindeleiter Y Pum Bya aus der Provinz Dak Lak, Jahrgang 1964, war bereits über lange Jahre wegen seiner religiösen Überzeugung in Haft. Nach einer von 2002 bis 2010 verbrachten Gefängniszeit wurde er am 10. April 2018 festgenommen. Hinweisen zufolge wurde er beim Verhör misshandelt und gefoltert. Schließlich erfolgte am 31. Januar 2019 eine Verurteilung zu weiteren 14 Jahren Haft. Y Pum Bya war jedoch nur friedlich für Menschenrechte, unter anderem für das auf Religionsfreiheit eingetreten.

Vietnam ist Vertragsstaat des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte sowie der UN-Antifolterkonvention. Ich bitte Sie, alles in Ihrer Macht Stehende zu tun, auf die sofortige Entlassung Y Pum Byas aus der Haft hinzuwirken und die Foltervorwürfe zu untersuchen.

Hochachtungsvoll

Musterbriefe in deutscher und englischer Fassung können Sie herunterladen:
<https://www.religionsfreiheit-igfm.info>

mationen über die Verletzung der Minderheitenrechte und der Religionsfreiheit.

Für Y Pum Bya ist dies nicht die erste Haft: Bereits am ersten Weihnachtstag 2002 war er wegen Teilnahme an friedlichen Protesten zu acht Jahren Gefängnis verurteilt wurden.

31. Juli 2022 festgenommen. Inzwischen ergingen drakonische Verurteilungen zu sieben oder gar zehn Jahren Gefängnis. Dringende medizinische Behandlung sowie der Zugang zu ihrem Rechtsanwalt werden ihnen anhaltend verwehrt.

Der Druck auf die Religionsgemeinschaft der Bahai unter der Herrschaft der Mullahs im Iran hat seit einem Jahr zugenommen. Beobachter der kontinuier-



FOTO: PRIVAT

Offiziell herrscht laut Verfassung in dem kommunistisch regierten Land Religionsfreiheit. Doch der christliche Glaube wird oft als westliche Religion angesehen und abgelehnt.

Am 31. Januar 2019 wurde Y Pum Bya zu einer 14-jährigen Gefängnisstrafe verurteilt, die er ihm Gia-Trung-Gefängnis in der Provinz Gia Lai verbringt. Es wird sich laut Gerichtsurteil nach der Entlassung noch eine Bewährungszeit anschließen.

Die IGFM und IDEA rufen dazu auf, in Briefen an den vietnamesischen Präsidenten Vo Van Thuong die Freilassung des mutigen Christen zu fordern.

Vietnam ist seit 1982 Vertragsstaat des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte.

Von den rund 98 Millionen Einwohnern Vietnams sind die meisten Buddhisten oder Anhänger traditioneller Religionen. Rund neun Prozent sind Christen.

lichen Verfolgung seit der Islamischen Revolution sind über diese Verstärkung beunruhigt. Dutzende Bahai wurden seither festgenommen, vor Gericht gestellt und zu Haftstrafen verurteilt. Meist wird ihnen vorgehalten, die religiösen Lehren ihrer Gemeinschaft verbreitet zu haben – der Vorwurf ist ein klarer Verstoß gegen den UN-Zivilpakt, dem der Iran beigetreten ist.

IRAN

Druck auf Bahai nimmt zu

Im Iran ist der 90-jährige Jamaloddin Khanjani, einst Mitglied des inoffiziellen Leitungsgremiums der iranischen Bahai-Gemeinde, am 13. August willkürlich festgenommen worden. Er war bereits zehn Jahre eingesperrt. Obwohl sie ebenfalls bereits die Jahre von 2008 bis 2018 hinter Gittern verbracht haben, wurden Afif Naimi, Mahvash Sabet und Fariba Kamalabadi, die auch diesem Gremium angehörten, am

Zahl der Racheakte an Blasphemie-Verdächtigen wächst

Unter dem falschen Vorwand, sich gegen Beleidigungen des Islams wehren zu müssen, werden derzeit Angehörige religiöser Minderheiten sowie Andersdenkende in Pakistan häufiger und heftiger von Mobs angegriffen. Gleich mehrere Berichte über falsche Bezeichnung wegen Gotteslästerung erreichen die IGFM seit einigen Wochen durch ihre Partner vor Ort.

In der Stadt Jaranwala (Provinz Punjab) kam es am 16. August infolge von Blasphemievorwürfen zu pogromartigen Ausschreitungen gegen eine mehrheitlich von Christen bewohnte Siedlung. In einer nahegelegenen muslimischen Wohngegend waren Flugblätter von Unbekannten hinterlegt worden, die herausgerissene Koran-

seiten zeigten und mit christlichen Namen unterzeichnet waren.

Die Reaktion auf diese offensichtliche Provokation erfolgte daraufhin rasch und grausam: In den Straßen und Moscheen riefen wütende Fanatiker zur Gewalt gegen die Minderheit auf. Zeugen zufolge erreichte die christliche Gemeinschaft noch rechtzeitig eine Warnung. Sie verständigten die Sicherheitskräfte und retteten sich, indem sie in umliegende Felder flüchteten. Ein kleine Einsatzgruppe der örtlichen Polizei erreichte den Tatort erst spät. Der Mob konnte dort fünf Stunden wüten, bevor Soldaten zur Verstärkung anrückten. Durch Demolierung und Brandschatzung wurden 20 Kirchen und zahlreiche Wohnhäu-

ser zerstört. Inzwischen wird wegen Terrorismus und Vandalismus ermittelt. Es sollen aber auch zwei Christen wegen der Flugblattaktion unter Verdacht festgenommen worden sein.

Offenbar warten gewaltbereite muslimische Fanatiker in Pakistan nur auf einen Vorwand: Der 22-jährige Muslim Abdul Rauf wurde am 5. August 2023 in Turbat (Provinz Belutschistan) auf offener Straße von maskierten Tätern erschossen, nachdem Schüler ihm Gotteslästerung vorgeworfen hatten. Rauf war Student, arbeitete aber zugleich als Englischlehrer an einer Sprachschule. Er bestritt die Vorwürfe und war gerade auf dem Weg zu einer Koranschule, um sich dort dagegen zu verteidigen.

IRAK

Christliches Eigentum in Gefahr

Mit einem präsidialen Federstrich ist im Irak die rechtliche Situation der größten christlichen Gemeinschaft, der chaldäisch-katholischen Kirche, ins Wanken geraten. Mindestens drei Viertel aller irakischen Christen gehören dieser Gemeinschaft an, deren Oberhaupt Patriarch Kardinal Louis Raphael Sako ist. Die rechtliche Grundlage dafür, als eine Körperschaft einen unabhängigen und von der eigenen Hierarchie kontrollierten Haushalt führen zu können, um etwa Kirchengebäude verwalten und Personal beschäftigen zu können, bildete bislang ein Präsidialdekret. Dieses wurde 2013 vom früheren Präsidenten Jalal Talabani erlassen. Am 3. Juli 2023 hat nun Präsident Abdul Latif Rashid dieses Dekret widerrufen, das immerhin auf die osmanische Rechtstradition zurückzuführen war.

Das Staat-Kirche-Verhältnis auf der Grundlage eines solchen Dekrets zu regeln, widerspreche der Verfassung und dem Gesetz, so heißt es in einer offiziellen Begründung. Zugleich hätten weitere religiöse Minderheiten entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen eingefor-



FOTO: M. KOLLER

Patriarch Kardinal Louis Raphael Sako

dert. Die ersatzlose Streichung beunruhigt die Gemeinschaft zutiefst. So bleibt etwa unklar, auf welcher Basis die chaldäischen Christen nun etwa Kirchenbau oder Renovierungsarbeiten durchführen dürfen.

Am 13. Juli 2023 kam es bereits zu öffentlichen Protesten von Angehörigen dieser Kirche in der Autonomen Region Kurdistan. Am 15. Juli kündigte der chaldäische Patriarch schließlich an, sich von Bagdad nach Kurdistan zurückzuziehen: „Ich werde mich nach Erbil begeben, bis das Problem gelöst ist“, sagte er in einem Interview mit der Katholischen Nachrichtenagentur. Sako bezeichnete die Entscheidung als „provokativen Akt“, der sich gegen die Christen richte. Nicht allein die Gefahr, dass der Staat künftig die Kirche daran hindert, über ihr Eigentum und ihre Finanzen zu verfügen, beunruhigt das Oberhaupt und seine Gemeinschaft: Der Entschluss erging nach einem Treffen des Staatsoberhauptes mit Rayan al-Kildani, Anführer der „Babylon-Bewegung“, politischer Arm einer pro-iranischen Miliz, die christlichen Grundbesitz und Immobilien in der Ninive-Ebene besetzt hält.

VORANKÜNDIGUNG:

IGFM-Herbsttagung zum Thema **Aufstände gegen Diktaturen**
am 14./15. Oktober 2023 in Frankfurt/M.

mit Norbert Altenkamp MdB, Prof. Dr. Susanne Schröter (Uni Frankfurt),
Ray Wong (Hongkong), Dr. Hubertus Knabe (Berlin)

Programm anfordern unter info@igfm.de